

Anat Kalman

*Im Kreuzfeuer des Faschismusvorwurfs.*

**Zuspiel einer deutschen Nachrichtenmeldung: " In Budapest haben am Samstag Tausende gegen eine Änderung der Verfassung demonstriert .... "**

**Sprecherin** Auch in diesen Tagen sitzt die ungarische Regierung von Minister- präsident Viktor Orban wieder auf der europäischen Anklagebank. Es geht um die zum vierten Mal veränderte Verfassung, die, genau wie die EU-Verfassung, mit fragwürdigen Detailregelungen überfrachtet ist. Insofern sind sich die deutschen Medien wieder mal einig: Die jetzige Regierung versuche damit die Demokratie aus den Angeln zu heben und die Meinungsfreiheit einzuschränken, was nicht weiter verwunderlich sei, denn sie stehe der rechtsradikalen *Jobbik* Partei nahe. Darum käme es seit ihrer Amtsübernahme im Jahre 2010 auch zu immer mehr Ausschreitungen gegenüber Roma und Juden. - Doch stimmt das alles so? Nein, meint Zsuzsa Hegedüs, die Beraterin des ungarischen Ministerpräsidenten.

**Zuspiel Zsuzsa Hegedüs Ungarisch** Wir haben hier in Ungarn weder eine Diktatur, noch eine faschistische Regierung. (Dass man über diese Verfassung diskutieren kann, ist eine Sache, dass es hier wie in vielen Ländern Europas einen neuen Antisemitismus gibt, ist eine andere.) Aber man sollte nicht alles in einen Topf werfen und unbedingt wissen: Bis 2010, also bis zum Ende der Amtszeit der sozialistischen Regierung konnten hier nicht nur die ungarischen Nazis öffentlich auftreten und ihre Feste feiern, es kamen dazu auch noch die Nazis aus ganz Europa angereist, ohne dass sich irgendein westeuropäisches Blatt dafür interessiert hätte. Seit unserer Amtszeit sind solche rechtsextremistischen Veranstaltungen verboten.

**Sprecherin** Zsuzsa Hegedüs gehört zu jenen jüdischen Parlamentariern, die die FIDESZ -Partei und damit die amtierende Regierung Ungarns aktiv unterstützen. Sie ist von Beruf Soziologin und eigentlich eine engagierte Linke, die 35 Jahre lang in Paris gelebt und gearbeitet hat. Heute klagt sie die sozialistischen und liberalen Intellektuellen ihres Landes an, sich des Antisemitismus und des Rechtsradikalismus zu bedienen, um die amtierende Regierung zu diffamieren. Indem sie nämlich im westlichen Ausland immer wieder eine Nähe der Regierung zur rechtsradikalen *Jobbik* Partei suggerieren. Dort liess man dann: *Jobbik* habe eine Liste mit den Namen der in Ungarn lebenden israelischen Geschäftsleute eingefordert und die amtierende Regierung habe dazu geschwiegen. (Oder: Der umstrittene Journalist Zsolt Bayer habe von den "Cohens" gesprochen und die Regierung habe geschwiegen.) - Ist das so? Nein, meint auch Zoltán Balog, der Minister für Humanressourcen. (Die Parteispitze des FIDESZ und der Ministerpräsident distanzieren sich immer von solchen Aktionen Einzelner.)

**Zuspiel Zoltán Balog Deutsch** Obwohl FIDESZ sich eindeutig abgrenzt von diesen Phänomenen, wird immer so getan, als würden sie das nicht. Und wenn ich sage, das haben wir getan, zum Beispiel in provokativen Fernsehsendungen, dann sagen sie: Es ist

nicht genug. Und ich frage mich, wer bestimmt, was genug sei. Das ist natürlich ein politisches Spiel, was man nicht mehr ernst nehmen darf.

**Sprecherin** Das Problem ist aber: Es wird ernst genommen, besonders im westlichen Ausland und es wird mit vielen anderen Kritikpunkten vermischt. Dabei übersehen die Kritiker, dass gerade die jetzige ungarische Regierung sehr viel tut, um Antisemitismus und Roma-Feindlichkeit zu bekämpfen. In ihrer ersten Legislaturperiode zwischen 1998 und 2002 war sie es, die den Holocaust-Gedenktag eingeführt hat. Sie war es auch, die 2010 die rechtsradikale paramilitärische *Ungarische Garde* endgültig verbot und sie ist es, die seit Januar dieses Jahres den Auschwitzopfern erstmals eine monatliche Wiedergutmachungsrente zahlt. Seit 2011 wird bedürftigen Romakindern mit speziellen Stipendien der Schulbesuch und selbst ein Studium ermöglicht und ab diesem Schuljahr gibt es in den ungarischen Geschichtsbüchern der Schulen eine spezielle Roma-Kulturgeschichte. (Ein Lehrer, der sich vor einem Monat weigerte, dieses Kapitel zu unterrichten, weil er meinte, Romas hätten keine Kultur, wurde vom Minister höchst persönlich vom Dienst suspendiert.)

**Zuspiel János Pelle** *Ungarisch* Man muss natürlich sagen, dass die Rechtsradikalen zur Zeit auch in Ungarn stärker werden - erklärt János Pelle, ein jüdischer Journalist, der für die Regierungsnahen Tageszeitung *Magyar Nemzet* arbeitet. - Die punkten besonders bei den Jugendlichen und bei Studenten. Und auch in den kleinen Dörfern auf dem Land, eben dort wo Armut und Arbeitslosigkeit bereits weit über der 11 Prozent Grenze liegen.

**Sprecherin** So terrorisieren neofaschistische Gruppen in der nordungarischen Gemeinde Gyöngyöspata seit Monaten die dort lebenden Roma. Trotzdem gibt es keine Statistiken darüber, wie stark der Rechtsradikalismus in Ungarn tatsächlich ist. Denn wer ist wirklich ein Antisemit oder ein Faschist und wer wird nur als solcher beschimpft? Solange sich hier alles mischt, wird es darüber keine Klarheit geben. Eben darum plädieren nicht nur jüdische Intellektuelle wie János Pelle und Zsuzsa Hegedüs dafür, dass Begriffe wie *Faschist* oder *Antisemit* endlich aus dem Repertoire der politischen Schimpfwörter gestrichen werden. Auch die ungarische Regierung hat aus diesem Grund einen Passus in das neue Grundgesetz eingeführt, der jenen ein Klagerecht einräumt, die sich auf diese Weise diffamiert fühlen. „*Eine freie Meinungsäußerung, so heißt es darin, darf nicht darauf abzielen, die ungarische Nation, ethnische, rassische oder religiöse Gemeinschaften zu beleidigen.*“ Was man dabei wissen sollte: Der Begriff "ungarische Nation" steht für die, die es einfach leid sind, den immer gleichen diffamierenden Klischees vom bösen und tendenziell faschistischen Ungarn ausgeliefert zu sein. Also auch für die jüdischen Intellektuellen des Landes, die keineswegs das Problem des Rechtsradikalismus keineswegs unter den Teppich kehren wollen, die aber hinter den Bemühungen der amtierenden Regierung stehen. (Diskutiert wird zurzeit allerdings noch, ob diese Klausel überhaupt in ein Grundgesetz gehört.)